

FDP spielt Zünglein an der Waage

Stimmrechtsalter 16 Der Grosse Rat entscheidet heute über Motion von Nadine Masshardt

Was die Langenthaler Studentin Nadine Masshardt (SP) per Motion verlangt, das unterstützt der Regierungsrat: Das Stimmrechtsalter 16. Heute entscheidet der Grosse Rat, ob das Berner Stimmvolk über die dafür nötig Verfassungsänderung befinden kann.

BRUNO UTZ

«Wer dagegen ist, der muss sehr stichhaltige Argumente anführen», begründete gestern im Raatssaal Nadine Masshardt ihren Vorstoss. Die Langenthaler Jungpolitikerin verlangt darin die Senkung des aktiven Stimm- und Wahlrechts auf Kantons- und Gemeindeebene auf 16 Jahre. «Die Mehrheit der 16- und 17-Jährigen ist absolut in der Lage, politische Verantwortung zu übernehmen.» Die von Gegnern bemängelte politische Reife sei kein Argument. «Die Reife ist keine Frage des Alters, sondern des Interesses.» Sie sei erfreut, dass die Regierung gleicher Meinung sei und als Konsequenz die politische Bildung an den Schulen verbessern wolle, sagte Masshardt.

Das tiefere Stimmrechtsalter habe nichts mit links und rechts zu tun, «es ist eine reine Sachfrage». Vor der Glarner Landsgemeinde – sie beschloss im Mai das Stimmrechtsalter 16 – habe die zuständige FDP-Regierungsrätin das Anliegen vehement vertreten. «Und ein SVP-Kantonsrat sagte klar und Deutsch, es geht hier um die Sache.»

«Jugendliche wollen gar nicht»
Sei es wie es wolle. Gestern verkündete SVP-Sprecher Andreas Blank (Aarberg), seine Frak-



WICHTIG Das Stimmrechtsalter 16 stärkt den Generationenvertrag, ist Grossrätin Nadine Masshardt überzeugt. MADDALENA TOMAZZOLI HUBER

tion lehne den Vorstoss ab. Einerseits weil Jugendliche erst mit 18 Jahren mündig würden, andererseits wolle die Mehrheit der Jugendlichen das tiefere Stimmrecht gar nicht.

EVP will Stimmrecht ab Geburt
Unterstützung kündigten hingegen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher von Grünen, SP und EVP an. Marc Jost (Thun) erklärte, das Stimmrecht für 16-Jährige sei jedoch lediglich ein Schritt in die richtige Richtung. Die EVP habe soeben eine Motion eingereicht, welche das Stimmrecht ab Geburt ver-

lange. «Wir wollen, dass darüber eine Grundsatzdiskussion geführt wird», sagte Jost. «Ein Mensch, eine Stimme», vertrage sich mit der Bundesverfassung. «Artikel 8 betont die Rechtsgleichheit aller Menschen. Die Diskriminierung wegen des Alters wird explizit verboten», sagte Jost. Für Minderjährige sollten die Inhaber der elterliche Sorge das Stimm- und Wahlrecht ausüben können. Jost: «Damit wollen wir die Familien mit Kindern stärken.»

Den Gegnern aus den Reihen der Bürgerlichen versuchte SP-Sprecherin Flavia Wasserfal-

len den Wind aus den Segeln zu nehmen. «Stimmen und wählen ab 16 Jahren ist kein typisch linkes Anliegen.» Die Einführung würde die politische Landschaft nicht verändern. «Wenn es gelingt, einige Jugendliche für die Politik zu mobilisieren, dann haben wir alle etwas erreicht», widersprach Wasserfallen auch der Kritik, die Jugendlichen würden nur zu einer noch tieferen Stimmbeteiligung beitragen.

Auf dem Silbertablett serviert
Für die Grüne-Fraktion warb Anna Coninx (Bern) für das An-

liegen. Beim Konsumieren gebe es keine Altersgrenze, im Gegenteil. Die 16-Jährigen würden im Kanton Bern keine Berge versetzen. «Aber sie sollten das Recht haben, dezidiert ihre Meinung kundzutun», sagte Coninx. Wie Wasserfallen betonte auch die grüne Grossrätin die Notwendigkeit, die politische Bildung der Jugendlichen zu verbessern. «Mit dem Stimmrechtsalter 16 wird uns ein Beitrag zur Lösung auf dem Silbertablett serviert», sagte Coninx.

Heute Morgen geht die Beratung im Grossen Rat weiter. Ein knappes Resultat ist absehbar.



PRÄSIDENT Christoph Stalder (FDP) durfte gestern feiern. MT

«Er isch ke Schnuri»

Bern Christoph Stalder ist Grossratspräsident

Die Feier für den neuen Grossratspräsidenten konnte für einmal in nächster Umgebung des Rathauses stattfinden. Der 62-jährige Christoph Stalder (FDP) ist Stadtberner; im Stadttheater priesen Redner seine Vorzüge.

Sein Vorgänger Werner Lüthi (SVP/Münsingen) spielte in einem Limerick auf das besonnene Naturell des neuen «höchsten Berners» an, der «ke Schnuri» sei. Diese besondere Kunst des Versedrechsels beherrschen der alte und der neue Präsident, und sie machen davon immer wieder Gebrauch. Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) hofft, Stalder werde nicht nur «Botschafter für Stadt und Kanton sein, sondern auch zwischen Stadt und Kanton». Es gebe da kulturelle, finanzielle und verkehrstechnische Fragen im Interesse aller zu lösen.

In Fraubrunner Hand
Regierungspräsident Urs Gasche (SVP) konnte seinen Stolz nicht verbergen, dass der Kanton für ein Jahr fest in der Hand der Gemeinde Fraubrunnen sei, aus der sie beide kommen – Gasche lebt in Fraubrunnen, Stalder wuchs dort auf. Er hofft, dass Stalder im gemeinsamen Präsidialjahr etliche innovative Ideen lancieren wird, wie man es von ihm gewohnt sei. Der Geehrte selbst weiss aus Erfahrung, dass ein solch besonderer Tag nicht der im Alltag sehr viel nüchternen Wirklichkeit entspricht. Man dürfe Dank eher nicht erwarten, Kritik aber schon. Unzufriedenheit mit denen «in Bern oben, die keine Ahnung haben» werde wohl auch in seinem Präsidialjahr nicht ausbleiben. Doch er freue sich, den Kanton innerhalb und ausserhalb seiner Grenzen vertreten zu dürfen und für ihn zu werben.

«Das Fleisch wird kalt»
Es gebe viele Aufgaben in Gemeinde, Region und Kanton zu übernehmen. «Nicht nur konsumieren, auch investieren» sei sein Motto. Mit den Worten «Der Geist ist willig, doch das Fleisch wird kalt» lud er dann zu Apéro und Nachtessen im Kultur-Casino. (SDA)

Nachricht

Blitz als Brandstifter

Gestern, um ca. 18 Uhr, traf ein Blitz ein Einfamilienhaus in Mörigen. Die Feuerwehren der Region und die Berufsfeuerwehr der Stadt Biel brachten den entstandenen Brand rasch unter Kontrolle. Verletzt wurde niemand, der Sachschaden beträgt mehr als 100 000 Franken. Das Haus ist unbewohnbar. (PKB)

Stefanie Strahm: «Ich finde Politik spannend»

Umfrage Langenthaler Gymnasiastinnen und Berner Sekundarschüler geniessen Staatskunde auf der Tribüne

Die Jugendlichen sind mehrheitlich für das Stimmrechtsalter 16. Das ergab gestern eine Kurzumfrage auf der Zuschauertribüne.

Mehrere Schulklassen verfolgten gestern im Rathaus den Auftakt zur Stimmrechtsdebatte. Gekommen war auch die Langenthaler Gymnasialklasse 3 H von Lehrer Ricardo Mordasini. Er habe die Gelegenheit für einen realen Staatskundeunterricht beim Schopf gepackt. Eher auf Distanz zum aktiven Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige ging in einer Kurzumfrage Bianca Seitzinger aus Roggwil. «Ich bin wenig an Politik interessiert», sagte die 16-Jährige. Das hänge möglicherweise damit zusammen, dass Politik in der Schule kaum ein Thema sei. Ihre Klassenkollegin Stefanie Strahm (16) aus Melchnau hingegen würde es begrüssen, wenn sie bereits an die Urne gehen dürfte. «Ich finde Politik spannend und informiere mich in der Zeitung», sagte Strahm. Lehrer Mordasini baue ab und zu vor einer Abstimmung Politik in den Geschichtsunterricht ein. Auch sie würde jedoch ein eigentliches Fach mit Staatskunde be-



IM GESPRÄCH Die Langenthaler Gymnasiastinnen (v.l.) Stefanie Strahm, Selina Bilger und Bianca Seitzinger unterhalten sich vor Sessionsbeginn mit der Motionärin Nadine Masshardt. MADDALENA TOMAZZOLI HUBER

grüssen. Sie habe eine neutrale Haltung zum tieferen Stimmrechtsalter, sagte Selina Bilger (16). Die Herzogenbuchserin räumte vor Beginn der Ratsdebatte ein, «bisher habe ich mich eher wenig um Politik gekümmert».

Später, auf der Rattribüne, äusserte sich der Berner Sekundarschüler François Bruder positiv zum

verlangten tieferen Stimmrechtsalter. «Vieles, über das die Erwachsenen heute abstimmen, betrifft uns später noch jahrelang», sagte Bruder. Er fände es deshalb nur richtig, wenn die Jüngeren über die Zukunft mitentscheiden könnten. Sein Nachbar auf der Tribünenbank, Luca Nyffeler (14), hingegen zögerte: «Ich weiss nicht, ob

ich vom demokratischen Recht Gebrauch machen würde.»

Kurz vor Abbruch der Debatte befragt, zollten die Berner Sekundarschüler Sacha Rügsegger (15) und Grazia Bucolo der Motionärin Nadine Masshardt (SP/Langenthal) Respekt: «Sie hat sehr positiv argumentiert und unser Anliegen gut verkauft.» (UZ)

Längst nicht alles, was finanziert wurde, wurde je gebaut

Sportzentrum Schwarzenbach Oberaufsichtskommission liess Kreditabrechnung durch Finanzkontrolle prüfen

Der Grosse Rat nahm gestern ohne Wortmeldung vom Tätigkeitsbericht 2006 der Oberaufsichtskommission (OAK) Kenntnis. Im vergangenen Jahr liess die OAK unter anderem den Vollzug von Ausgabenbeschlüssen des Grossen Rates aus vergangenen Jahren von der Finanzkontrolle des Kantons

Bern unter die Lupe nehmen. Fehler machte die Finanzkontrolle dabei bei der Abrechnung des 1995 vom Rat bewilligten 7,34 Millionen-Kredites an die Genossenschaft Kunsteisbahn und Sportzentrum Schwarzenbach Region Huttwil aus. Wesentliche Anlageteile seien nicht erstellt worden beziehungs-

weise erst später nach einem zusätzlich vom Regierungsrat bewilligten Kredit. Diese Mittel aus dem Sportfonds hätten gar nie gewährt werden dürfen, folgert die Finanzkontrolle. Das Controlling sei ungenügend gewesen und die beitragsberechtigten Kosten seien bei der Schlussabrechnung nicht ermittelt

worden. Auch sei nie eine Verpflichtungskreditabrechnung erstellt worden. Im März 2007 überwies der Grosse Rat eine Motion der OAK, welche solche Fehler künftig verhindern soll. Das Sportzentrum Schwarzenbach-Huttwil befindet sich derzeit in einem Nachlassverfahren. (UZ)